

Die Rechtsprechungspraxis des Staatsgerichtshofs wird insoweit durch die Judikatur des Bundesgerichts geprägt.¹²⁵ Während die schweizerische Bundesverfassung Eigentumsbeschränkungen, die einer Enteignung gleichkommen, in einem besonderen Tatbestand normiert (Art. 22ter Abs. 3), kennt die liechtensteinische Verfassung keine entsprechende Regelung. Doch erlaubt es die weite Fassung des Art. 35 Abs. 1 LV ("Abtretung oder Belastung jeder Art von Vermögen"), darunter sowohl formelle als auch materielle Enteignungsmassnahmen zu subsumieren.¹²⁶ Das entspricht auch der Auffassung des Staatsgerichtshofs, der sich erstmals 1973 grundsätzlich mit dem Institut der materiellen Enteignung befasst hat.¹²⁷ Art. 35 LV fordere "sinngemäss ..., dass bei Eigentumsbeschränkungen, die einer Enteignung gleichkommen, eine angemessene Entschädigung zu leisten" sei.¹²⁸ In diesem Zusammenhang weist der Staatsgerichtshof auf zahlreiche einfachgesetzliche Entschädigungstatbestände hin, die Ausfluss und Anerkennung des Instituts der materiellen Enteignung sind.¹²⁹

c) Zur Unterscheidung von entschädigungslos hinzunehmenden und enteignungsgleich/enteignungsähnlich treffenden, entschädigungspflichtigen Eigentumsbeschränkungen

Die Anerkennung des Instituts der materiellen Enteignung setzt begrifflich die Unterscheidbarkeit von entschädigungslos hinzunehmenden Eigentumsbeschränkungen und solchen Belastungen des Eigentums voraus, die enteignungsgleich bzw. enteignungsähnlich treffen und eine Entschädigungspflicht auslösen. Daraus folgt zugleich das Erfordernis, die Enteignungsschwelle als denjenigen Punkt zu bestimmen, an dem die entschädigungslose, die Sozialpflichtigkeit realisierende Eigentumsbeschränkung in einen enteignungsgleichen/enteignungsähnlichen Eingriff umschlägt.¹³⁰

¹²⁵ S. etwa die Bezugnahmen in StGH 1977/9, aaO, S. 56; vgl. mit Nachweisen G. Müller, in: Kommentar zur BV, Art. 22ter Rn. 44 f.; J. P. Müller, Grundrechte, S. 339 f.

¹²⁶ Ähnlich wohl Beck, Enteignungsrecht, S. 19.

¹²⁷ StGH 1972/6 – Entscheidung vom 26. März 1973, ELG 1973-1978, 352 ff.

¹²⁸ StGH 1972/6, aaO, S. 355.

¹²⁹ AaO, S. 356. – Der Staatsgerichtshof betont in dieser Entscheidung auch, "es würde der Rechtssicherheit dienen, wenn der Gesetzgeber das Verfahren zur Ermittlung der Entschädigung des durch die materielle Enteignung betroffenen Grundeigentümers regeln würde", aaO, S. 357.

¹³⁰ Vgl. auch – zur teilweise ähnlichen Problematik in Deutschland – die Formulierung in BVerfGE 58, 300 (320).